



VALENTIN FLAUBAUD / KEYSTONE

Unterhaltsarbeiten an einer Windturbine: Von CO₂-armer Energie kann man auch finanziell profitieren. (Saint-Imier, 10. Mai 2017)

Mehr Geld im Portemonnaie

Von neuen CO₂-Abgaben können laut Studie viele Haushalte profitieren

Daniel Friedli

Flugticketabgabe, Benzinpreiserhöhung, neuer Klimafonds: Wenn der Ständerat am Montag das CO₂-Gesetz berät, geht es um Franken und Rappen und somit um die Frage: Wie teuer und wie sozial ist die künftige Klimapolitik der Schweiz?

Zu teuer, sagt die SVP. Sie spricht von einem «rot-grünen Raubzug» auf den Mittelstand, der die Haushalte 3000 Franken pro Jahr kosten werde. Zu einem ganz anderen Schluss kommt nun der Wirtschaftsverband Swisscleantech. Die Zahlen der SVP seien nicht nachvollziehbar und damit bloss Behauptungen, sagt Geschäftsführer Christian Zeyer und kontert: «Von einem intelligenten Klimaschutz wird der Mittelstand nur wenig belastet - und viele Bürger profitieren gar finanziell davon.»

Der Rückfluss machts aus

Zeyers Befund fusst auf einer neuen Studie, die das Büro Infrac für Swisscleantech erarbeitet hat. Darin analysieren die Autoren die Kosten von mehreren derzeit diskutierten Klimaschutzmassnahmen: einer Erhöhung der CO₂-Abgabe auf Heizöl, einer Flugticketabgabe von 30 bis 120 Franken und - im Ständeratpaket derzeit nicht drin - einer CO₂-Abgabe von 5 bis 20 Rappen pro Liter Benzin.

Konstruiert sind all diese Massnahmen als Lenkungsabgaben;

das heisst, der grössere Teil der Einnahmen wird an die Bevölkerung zurückerstattet. Und darum fällt die Bilanz für viele Haushalte unter dem Strich positiv aus.

In jedem Fall profitieren laut Studie Haushalte mit tiefem Verbrauch an fossiler Energie. Ihnen bleiben jährlich zwischen 42 und 530 Franken mehr im Portemonnaie. Ärmere Haushalte werden auch dann nur gering belastet, wenn sie viel Öl und Benzin verbrauchen. Für eine Familie mit zwei Kindern errechnen die Autoren in diesem Fall einen Malus von 13 Franken. Draufzahlen müssen vor allem reiche Haushalte mit hohem Verbrauch. Für sie kann die Belastung bis zu 1000 Franken pro Jahr betragen. Berechnet sind diese Effekte für das erste Jahr, in dem die Massnahmen gelten. Mit fortschreitender Dauer werden sie sich laut Infrac auf beide Seiten noch verstärken.

Ähnlich sieht das Bild aus, wenn man allein das neue Element der Flugticketabgabe betrachtet. Spürbar belastet werden dadurch nur reiche Haushalte, die mehrmals im Jahr fliegen; sie legen zwischen 30 und 240 Franken drauf. Der Rest profitiert, für Nichtflieger rechnen die Autoren mit einer Rückerstattung von 60 Franken pro Person und Jahr.

Selbstredend sind auch diese Berechnungen nur Annäherungen. Für viele Faktoren müssen die Forscher Annahmen treffen, etwa was den Verbrauch der

Flugticketabgabe

Wirkung nur schwer abschätzbar

Bei Lenkungsabgaben stellen sich meist zwei Fragen: Wie stark belasten sie die Bürger? Und wie gut vermögen sie das Verhalten der Menschen zu beeinflussen? Diese Frage nach der Wirkung stand nicht im Fokus der neuen Studie, trotzdem finden sich dazu mit Blick auf die Flugticketabgabe einige interessante Aussagen. So gehen die Autoren davon aus, dass ein Aufschlag von 10 Prozent auf einem Ticket auch die Nachfrage um 10 Prozent drücken wird. Auch dies reicht aber nicht aus, um die Zahl der Flüge in Zukunft effektiv zu senken. Infrac schätzt, dass sich die Zahl der verkauften Tickets bis 2030 von knapp 30 auf 37 Millionen erhöhen wird. (dli.)

Haushalte und den Erlös der Abgaben betrifft. Trotzdem zeigt die Studie laut Zeyer klar: «Klimaschutz lässt sich in der Schweiz sozialverträglich gestalten.» Auch der Mittelstand könne dabei profitieren, erst recht wenn er seinen Verbrauch reduziere.

Den Ball flach halten

Trotzdem wird die Position von Swisscleantech in der Wirtschaft nicht überall geteilt. Der Dachverband Economiesuisse hat diese Woche seine Haltung zwar etwas justiert. So kann er sich nun «mittelfristig» eine CO₂-Abgabe auf Verkehr vorstellen. Und er akzeptiert neuerdings bei der CO₂-Reduktion auch ein Inlandziel von 50 Prozent (der Bundesrat schlägt 60 Prozent vor, Swisscleantech will mindestens 80 Prozent). Von einer Zusatzbelastung beim Heizöl und einer Flugticketabgabe will Economiesuisse aber, gleich wie der Gewerbeverband, nichts wissen. Dies würde die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft zu stark schmälern.

Auffällig ist indes, dass sich die grossen Verbände in der aktuellen Klimadebatte mit Lobbying gegen diese Pläne zurückhalten. Das dürfte sich wieder ändern, wie die Aussage eines Funktionärs zeigt: Es bringe nichts, jetzt im Ständerat Widerstand zu leisten - da sei die Sache gelaufen. Der Kampf werde dann bei der nächsten Beratungsrunde im Nationalrat wieder aufgenommen.